

Dringliche Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Oktober 1992

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter
Dr. Uwe Küster
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bauminister der ostdeutschen Länder und der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, daß die Altschulden der Wohnungswirtschaft im Zusammenhang mit den übrigen einigungsbedingten Schulden gesehen und entsprechend zu behandeln sind (z. B. über den Kreditabwicklungsfonds), und ist sie bereit, die von den ostdeutschen Bauministern am 11. Oktober 1992 beschlossenen Eckwerte für eine vorläufige Lösung der Altschuldenfrage zu akzeptieren?
2. Abgeordneter
Dr. Uwe Küster
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die öffentlich vom Bundesminister der Finanzen vertretene Auffassung, daß der Kapitaldienst für Altschulden der Wohnungswirtschaft auch nicht teilweise aus dem Bundeshaushalt finanziert werden wird (Süddeutsche Zeitung vom 8. Oktober 1992; Frankfurter Rundschau vom 13. Oktober 1992), oder teilt sie die von der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ebenfalls öffentlich geäußerte Auffassung, das Schuldenmoratorium müsse bis Ende 1996 verlängert und der auflaufende Kapitaldienst auf den Kreditabwicklungsfonds übertragen werden (Handelsblatt vom 6. Oktober 1992; Frankfurter Rundschau vom 13. Oktober 1992)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|--|
| 3. Abgeordneter
Michael
Müller
(Düsseldorf)
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, wann die ukrainische Regierung die beiden im Frühjahr 1992 stillgelegten Reaktorblöcke in Tschernobyl wieder in Betrieb nimmt, und gibt es Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Inbetriebnahme? |
| 4. Abgeordneter
Michael
Müller
(Düsseldorf)
(SPD) | Sind der Bundesregierung die Ergebnisse der sicherheitstechnischen Überprüfung der ukrainischen Regierung bekannt, die diese bei diesen beiden Reaktorblöcken nach dem Unfall von Sosnovy Bor durchgeführt hat, und sieht die Bundesregierung unmittelbaren Handlungsbedarf? |

Bonn, den 13. Oktober 1992